

ARCH+

Zeitschrift für Architektur
und Urbanismus

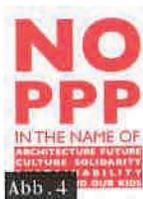


UNTERNEHMEN ARCHITEKTUR

4 191813 824009
Nr. 251 2023 00251 €24

VERTRAUEN IN ALTERNATIVEN

Gabu Heindl im Gespräch mit Jakob Walter und Sascha Kellermann



Seit Jahren erleben wir die Auswirkungen eines Abbaus sozialstaatlicher Infrastrukturen. Auch Architekturbüros bleiben davon nicht verschont. Gibt es einen Ausweg aus dem neoliberalen Verwertungsparadigma, das allein ökonomischen Profit zum Ziel hat? Ist es möglich, in der Praxis alternative ökonomische und architektonische Modelle zu verwirklichen? Ein Gespräch mit der Architektin, Stadtplanerin und Autorin Gabu Heindl.

In Griechenland (60%), Finnland (54%), Kroatien (54%), Rumänien (54%) und Schweden (53%) praktizieren mehr Frauen als Männer in der Architekturbranche. ➔ Schlusslichter hinsichtlich des Frauenanteils sind die Slowakei (25%), Österreich (24%) und Großbritannien (27%). ➔ In Deutschland beträgt der Frauenanteil 42%. 47% der europäischen Architekt*innen sind Partner*innen, Geschäftsführer*innen oder alleinige Inhaber*innen ihrer Büros.

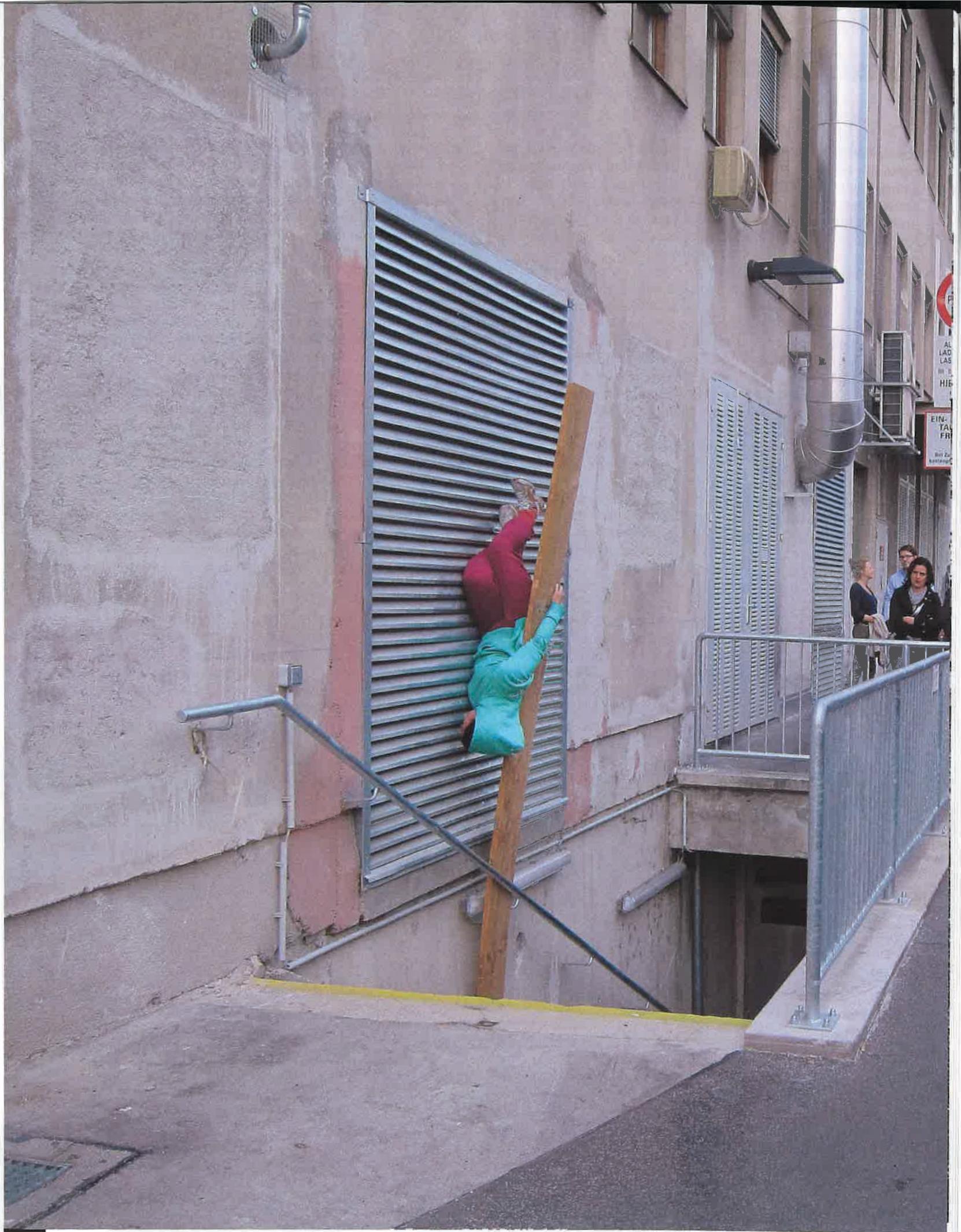


Abb. 1 Die performative Intervention *Fitting*, die 2011–2013 nach einer Idee von Gabu Heindl in Wien, Paris, Graz und anderen Städten durchgeführt wurde, thematisierte die Aneignung von öffentlichem Raum. Das Konzept und die Choreografie stammte von Willi Dorner.

Jakob Walter: Deine Praxis verteilt sich auf verschiedene Standbeine: Du bist Professorin für Bauwirtschaft und Projektentwicklung an der Universität Kassel. Dort beschäftigst du dich mit alternativen ökonomischen Modellen. Darüber hinaus bist du auch praktizierende Architektin. 2007 hast du dein Büro GABU Heindl Architektur gegründet. Wie macht sich die Arbeit im akademischen Kontext in deiner Büropraxis bemerkbar?

Gabu Heindl: Ich versuche, meine politischen Ansprüche nach Möglichkeit in der Praxis umzusetzen. So haben wir als junge Architekt*innen bereits entschieden, dass wir keine suburbanisierenden Einfamilienhäuser auf der grünen Wiese planen und keine sinnlosen selbstausbeuterischen Projekte angehen wollen.

Wir haben 2016 den Wiener Verein für die Barrierefreiheit in der Kunst, im Alltag, im Denken dabei unterstützt, ein dreigeschossiges Gründerzeithaus zu einem Ein-Küchen-Haus für eine große, solidarisch organisierte Wohngemeinschaft umzubauen, dem *Intersektionalen Stadthaus*. Der Verein hat genau wie seine Mitglieder kaum Geld, teilweise mussten die Nutzer*innen direkt in die Baustelle einziehen, weil sich niemand neben den Baukosten noch eine Wohnungsmiete leisten konnte. Des Weiteren haben wir beschlossen, dass alle Personen auf dieser Baustelle gleich viel pro Stunde verdienen, egal, ob Kopfarbeiter*in oder Handarbeiter*in. In dieser Konstellation, in der niemand eine Pauschalarbeit ableistete, stellte sich schnell heraus, wie sparsam alle mit den Stunden aller anderen umgehen.

Und auch in der Mietstruktur hat der Verein ein alternatives, solidarisch ökonomisches Modell umgesetzt. Anstatt die jeweiligen Budgets an die Quadratmeter zu koppeln, zahlen alle nur so viel sie können und bekommen so viel Platz, wie sie benötigen. Eine Frau im Rollstuhl, die Platz fürs Wenden benötigt, wohnt so neben ihrer Mitbewohnerin, die auf viel kleinerem Raum Büro und Schlafzimmer unterbringt. Erstere kann 200 Euro im Monat zahlen, letztere 600. Auch wenn das auf den ersten Blick nur bedingt etwas mit der Ökonomie unseres Büros als Unternehmen zu tun hat, ist es für uns absolut entscheidend, für wen wir arbeiten, und welches Verständnis die Bauherr*in vom Wert dieser Arbeit hat.

JW Diese Form der Praxis muss ein Unternehmen sich auch leisten können. Wie werden deine Mitarbeiter*innen bezahlt? Wie sehen die Arbeitsbedingungen in deinem Büro aus?

GH Es gibt in Österreich einen Kollektivvertrag für Architekt*innen, der die tariflichen Mindestsätze festlegt – diese zahlen wir selbstverständlich. Manch kommerzielles Büro kann da sicherlich mehr zahlen. Was allerdings Büros wie meines, mit einem gewissen ethischen Anspruch, bieten können, ist eine sinnstiftende Arbeit. Ob man sich eine bestimmte Form der Praxis leisten können muss, ist aber eine gesellschaftspolitische Frage. Selbst in Wien steht ein Büro wie meines vor einem Dilemma, weil das Leben für alle im Team auch hier immer teurer wird. Viele Neuankommende sind abhängig von den hohen privaten Mietpreisen. Die Möglichkeiten eines Berufsweges hängen essenziell von den jeweiligen sozialen Sicherungssystemen ab. Sind diese nicht vorhanden, können wir noch so oft dazu ermahnen, kritisch, radikal und selbstbewusst zu sein und nicht jedes Projekt anzunehmen – am Ende des Monats müssen wir trotzdem unsere Miete zahlen können. Nur wenn man keine existenziellen Ängste hat, kann man in den eigenen beruflichen Entscheidungen frei sein. Erst dann könnten wir alle vermehrt darauf schauen, an welchen Themen wir arbeiten wollen. Sind sie sinnstiftend und stimmen sie mit den eigenen politischen Überzeugungen überein? Oder wie können wir als Architekt*innen Arbeit leisten, für die es keine Lobby gibt? Dahingehend hoffe ich sehr, dass diese kleinere Bürolandschaft weiter bestehen bleibt.

JW Woher kommt dein politisches Bewusstsein?

GH Das Grundvertrauen rührt sicher daher, dass ich im österreichischen Wohlfahrtsstaat aufgewachsen bin, zu einer Zeit, in der klar war,

dass jedes Kind unterstützt wird, das Hilfe und Unterstützung braucht. Meine Ausbildung konnte ich stets über Stipendien mitfinanzieren, egal ob als Schülerin, auf dem Gymnasium oder als Studentin – diese Art der finanziellen Unterstützung würde ich jedem Kind heute wünschen. Auf diese Weise konnte man unabhängig von der sozialen Klasse Zugang zu Bildung bekommen. So etwas produziert ein Sicherheitsgefühl, auch wenn viele Leute heutzutage – nach der Demontage und Abwertung des sozialen Absicherungssystems – vielleicht meinen, dass vor allem ein solides familiäres Backup Sicherheit bietet. Meine Generation hat jedenfalls durch eine im Prinzip bedingungslose staatliche Unterstützung an Selbstsicherheit gewonnen. Aber man darf diese Zeit auch nicht allzu sehr verklären, dies gilt vor allem hinsichtlich der Diskriminierung marginalisierter Gruppen.

Sascha Kellermann: Gerade mit deiner aktivistischen Haltung scheinst du Auftraggeber*innen zu finden, die Projekte wie das *Intersektionale Stadthaus* bauen. Diese alternativen architektonischen Konzepte müssen erst einmal entwickelt werden, d. h. die Mehrarbeit muss finanziert werden. Wie kommst du an Aufträge, die es dir ermöglichen, außerhalb der von dir beschriebenen Widersprüche zu arbeiten?

GH Es ist ja nicht so, dass ich Aktivist*innengruppen meine Visitenkarte in die Hand drücke und sage: „Hallo, ich bin eine politische Architektin.“ Es handelt sich eher um langsame Prozesse der Vertrauensbildung. Zu Beginn meiner Selbstständigkeit habe ich ganz klassisch Wettbewerbe gemacht, auch weil wir uns in den öffentlichen Diskurs einbringen wollten – wohlwissend, dass man erfahrungsgemäß nur rund jeden zehnten gewinnt. Aber aus jeder kleinen Wettbewerbsstudie kann ein Projekt werden, das auch Anerkennung bekommt. Was für mich immer von Bedeutung war, ist der Besuch und die Organisation von Vorträgen und Diskussionen, etwas, das ich seit meiner Lehrtätigkeit an der TU Graz häufig getan habe. Dort habe ich gemerkt, dass es mich interessiert, neben dem Bauen auch den Diskurs zu gestalten. Also saß ich immer wieder auf Podien. Irgendwann hat die Bundesimmobiliengesellschaft mich im Nachklang eines Wettbewerbsgewinns und realisierten Schulbaus gebeten, Teil ihres Beirats zu werden. Das war zu einer Zeit, in der öffentliche Wettbewerbe

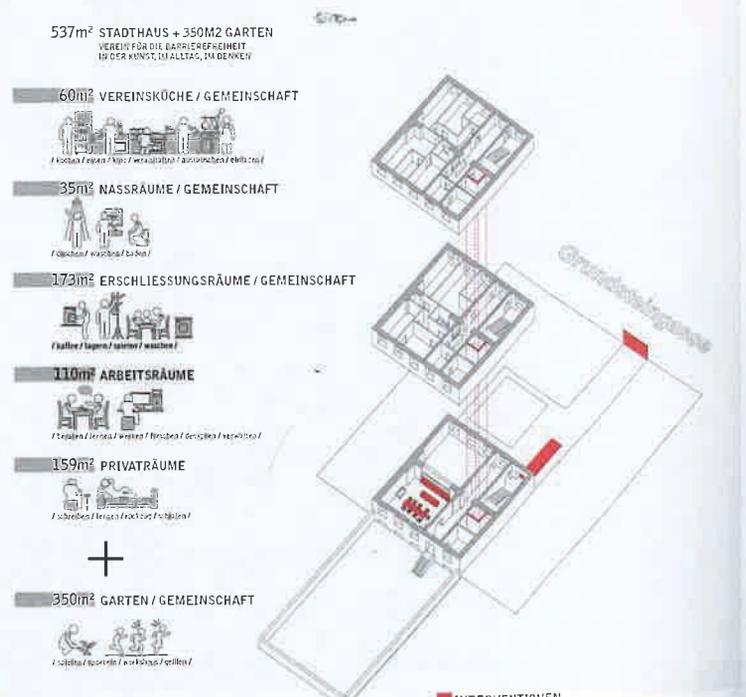


Abb. 2 GABU Heindl Architektur: *Intersektionales Stadthaus*, Wien 2016
Raumaufteilung für ein kollektives Zusammenleben



Abb. 3 GABU Heindl Architektur: *Intersektionales Stadthaus*, Wien 2016

In einem kooperativen Planungs- und kollektiven Umbauprozess wurde ein dreigeschossiges Hofhaus im Stadtteil Ottakring gemeinsam mit dem *Verein für die Barrierefreiheit in der Kunst, im Alltag, im Denken* zu einem Ein-Küchen-Haus für eine große, solidarisch organisierte Wohngemeinschaft umgebaut.

WETTBEWERB BILDUNGCAMPUS BERRESGASSE - 1220 WIEN

ALLCOLOURS Architecture & Urbanism

543210

NO

PPP

IN THE NAME OF

**ARCHITECTURE FUTURE
CULTURE SOLIDARITY
SUSTAINABILITY
SOCIETY AND OUR KIDS**

Abb. 4 Ein von der Stadt Wien 2015 ausgeschriebener Wettbewerb für einen Schulcampus rief große Kritik unter Planer*innen hervor, da er in einer Public Private Partnership entwickelt werden sollte. Viele Architekturbüros reichten daraufhin Protestplakate statt Entwürfe für den Bildungscampus Berresgasse ein.

zunehmend abgebaut wurden. In dieser Position konnte ich mich dafür einsetzen, dass diese Türen weiterhin offenbleiben. Ich finde es wichtig, dass wir uns aktiv in öffentliche Gremien sowie in die Stadtplanung einbringen.

Viele Gruppen, für die ich heute plane, haben aber mit staatlichen Top-Down-Organisationen und Stadtplanung nicht immer nur gute Erfahrungen und sind hier oft sehr skeptisch. Es bedurfte einer gewissen Anstrengung, eine Vertrauensbasis aufzubauen und klarzustellen, dass nicht alle Stadtplaner*innen im Sinn von Kapitalinteressen, allein um des Profits willen, arbeiten. Erst wenn so ein Vertrauen besteht, melden sich die Leute, die Unterstützung suchen, um ihr Projekt zu verwirklichen – und das manchmal, obwohl eigentlich kaum Budget vorhanden ist. Oft besteht unsere Unterstützung in der Anfangsphase in einer Anleitung, wie man ein Projekt ökonomisch umsetzen kann: Wo kann man sich um Förderungen bewerben? Was sind die realen Kosten? Wir erklären, dass auch wir nicht gratis arbeiten können, dass aber der Lohn von Architekt*innen tatsächlich nicht den Löwenanteil ausmacht – im Gegenteil: Wenn wir gescheit planen, dann wird das Bauen sparsamer. Gerade bei so knappen Budgets kann man mit engagierten Architekt*innen Kosten einsparen.

JW Die zwischen den Generationen vererbten Summen werden immer größer, und ebenso wie du ethische Ansprüche an deine Praxis hast, gibt es Erb*innen, die ethische Ansprüche an ihr Vermögen legen. Hier öffnet sich doch eine Möglichkeit, dieses Geld in alternative architektonische Projekte umzuleiten.

GH Genauso war es beim *Intersektionalen Stadthaus*. Die Besitzerinnen hatten etwas Geld von ihren Nazi-Großeltern geerbt und dachten erst, sie wollen Geld aus dieser Quelle nicht wirklich anrühren. Aber natürlich war es auf Dauer auch keine Option, das Geld *nicht* zu verwenden. Sie wollten es schließlich in ein sinnvolles Projekt stecken. Hier wird die grundsätzliche Frage von historischer Geldverteilung berührt und damit auch die Frage, wie man schon in einem kleinen Maßstab ein Umverteilungsprojekt in Gang setzen kann. Wichtig wäre es, dass man generell Menschen deutlich macht, dass sie ihr Geld in ein progressives Projekt investieren könnten und dass es dort trotzdem – als Immobilie – sicher angelegt ist. Auch gemeinnützige Projekte sind Wertanlagen. Erst im nächsten Schritt folgt die Frage nach einer höheren Profit-erwartung und danach, ob man auf einen marktwirtschaftlichen Mehrwert aus ist. Oder ob der Mehrwert des Projekts nicht viel eher sozialer oder ökologischer Art ist. Als Architekt*innen haben wir die Möglichkeit, alternative oder kollektive Eigentums- und Besitzformen zu unterstützen.

SK Wäre ein ideales Arbeitsumfeld für Architekt*innen nicht eines, in dem sich die Mitarbeiter*innen nicht ständig auch noch Gedanken darüber machen müssten, wie sie ihre politischen Ideale umsetzen können? Die Aufgaben sollten per se schon gesellschaftlich sinnvoll sein, so dass es eigentlich unerheblich ist, mit welcher eigenen Einstellung ich an ihnen arbeite.

GH Das wäre schön, wenn das Alltag im Architekturbetrieb wäre. Auf die Frage nach einem idealen Arbeitsumfeld versuchen wir unter anderem damit zu reagieren, dass wir nur vier Tage die Woche arbeiten. Etwas, das wir bei uns im Büro seit längerem umgesetzt haben, weil ich es wichtig finde, drei volle Tage für andere Dinge zu haben. Tage, an denen alle selbst entscheiden, was sie tun. Wenn man drei Tage nur auf der Couch liegt, ist das genauso gut, wie in dieser Zeit an anderen Projekten zu arbeiten. So ist es für mich beispielsweise wichtig, auch zu lehren und zu schreiben. Zumindest für mich funktioniert das sehr gut. Die Lehre und das Schreiben stehen für mich in einem produktiven Verhältnis zur Arbeit auf der Baustelle.

JW Zum einen plädiert du für die Wettbewerbskultur der kleinen Büros, also für einen freien Markt. Gleichzeitig betonst

du die Absicherungsfunktion des Wohlfahrtsstaats, du bist gegen Public Private Partnerships und du lehrst alternative ökonomische Modelle. Wie passt das für dich zusammen – der freie Wettbewerb und dessen staatliche Einhegung?

GH Das Konzept eines Architekturwettbewerbs, durch den die Teilnehmer*innen in der Summe immer wieder beweisen, dass es für die Entwicklung eines Ortes viele Alternativen gibt, finde ich nach wie vor bestechend. In einer Zeit, in der es immer wieder heißt, unser Handeln sei alternativlos, produzieren Architekt*innen ständig Alternativen. Das große Dilemma am Wettbewerbssystem ist, dass die investierte Arbeit oft nicht bezahlt ist und auch die dabei produzierten Diskussionsgrundlagen einfach verpuffen. Sinnvoll wären z. B. öffentliche Jurysitzungen und Prozesse, aus denen eine demokratische Auseinandersetzung entstehen könnte, wenn wir Planer*innen schon die ganze Vorarbeit leisten. Mein Verhältnis zum Wettbewerb ist also etwas ambivalent. Auf der einen Seite steht die große Menge an unvergüteter Arbeit und verpufften Ideen, auf der anderen Seite brauchen wir den konstruktiven Streit darüber, wie die Zukunft der Städte aussehen kann. Wenn sich jeder Ort in so viele unterschiedliche Richtungen weiterentwickeln könnte, warum nicht mehr daraus machen? Wir müssen einen Weg finden, die öffentliche Diskussion rund um eine Sammlung von Ideen auszubauen und gleichzeitig den wirtschaftlichen Wettbewerb, den Konkurrenzkampf, zu reduzieren.

JW Könnte man nicht einen großmaßstäblichen Lösungsansatz diesem individualistischen entgegenstellen, wie man es mit dem London County Council sehen konnte, also große wohlfahrtsstaatliche Strukturen, die vielleicht effektiver sind als Wettbewerbe oder gemeinnütziges Arbeiten?

GH Heute fällt es schwer, an die eine staatliche oder kommunale Zentralstruktur zu glauben. Aber Büros wie meines arbeiten schon oft in Bürogemeinschaften. Man teilt sich die Räume und die Büroinfrastruktur, das ist bereits gelebte Praxis. Und zumindest in der Wiener Büroszene gibt es zunehmend Kooperationen zwischen Büros, die sich in losen Netzwerken organisieren. Durch formellere Netzwerke gibt es auch eine Art kollektives Wissen, das beispielsweise über einen Verteiler abrufbar ist, ebenso wie Informationen über potentielle Kooperationspartner*innen, Fachplaner*innen und Handwerker*innen. Das kann man noch nicht als kollektiven Arbeitsprozess bezeichnen, aber es ist dennoch ein kollektives Organisationswerkzeug. Und aus dem Netzwerk der IG Architektur heraus wurde fast so etwas wie ein kleiner Architekt*innenstreik organisiert. Die Stadt Wien hatte einen Wettbewerb für einen großen Schulcampus ausgeschrieben, der in einer Public Private Partnership entwickelt werden sollte. Ironischerweise wollten sie mich dafür als Jurorin gewinnen, aber ich wollte in diesem Zusammenhang nicht Steigbügelhalterin spielen und lehnte die Anfrage ab. In der Folge reichten auch viele Wettbewerbsteilnehmer*innen anstelle eines Entwurfs jeweils schön gestaltete Protestplakate ein – mit der Aufschrift: „Wir planen eure PPP-Schule nicht!“ Zwar hat irgendein Büro am Ende dennoch den Zuschlag bekommen; aber man konnte die Stadt Wien darauf aufmerksam machen, dass es eine organisierte Architektenschaft gibt, die sich kollektiv weigert, für solch eine neoliberale Bauaufgabe zu planen. Diese Weigerung konnte nur deshalb schnell umgesetzt werden, weil es das Netzwerk gibt.

JW In junger Vergangenheit werden immer wieder Stimmen laut, die die berufliche Praxis von Architekt*innen grundsätzlich in Frage stellen. Warum studieren noch so viele junge Menschen Architektur? Soll man angesichts der Vielzahl gegenwärtiger Krisen überhaupt noch bauen? An welcher Stelle sollte man sich stattdessen einbringen?

GH Ich vertrete keineswegs die Position, dass zu viele junge Menschen Architektur studieren. Eher sind es zu wenige. Schließlich geht

es um die gebaute Umwelt – und die geht uns alle etwas an! Um da ein Zitat von Margarete Schütte-Lihotzky über Architektur zu paraphrasieren. In diesem Sinne wäre es sinnvoll, dass viele diese Thematik gut verstehen würden. Das Missverständnis liegt hier eher darin, dass man denkt, ein Architekturstudium müsse zwingend etwas mit Neubau zu tun haben. Ich habe als Städtebauprofessorin immer vom Städteumbau gesprochen. Zu einem Großteil wird es in Zukunft um den Umbau, um das Weiterbauen, das Verbessern und Erneuern gehen. Selbstverständlich werden wir auch neu bauen, aber wir werden sehr viel achtsamer darauf schauen, was wirklich neu zu bauen und was umzubauen ist, und wie wir ressourcenschonend agieren können. Dabei benötigen wir so viel Kreativität, um die Reparaturen der Stadträume der Moderne anzugehen. Das Problem ist aber, dass es bis heute immer noch ganze Studierendengenerationen gibt, die aus der Uni kommen und sich dort nur mit dem Neubau befassen haben. Das muss sich ändern, das heißt, wir sollten den Studierenden auch ein Selbstbewusstsein mitgeben, diese neuen Wege zu beschreiten. Hier berühren wir auch wieder die eingangs diskutierte Frage der Existenzgrundlagen. Alle Studierenden, die sich heute fragen, wie sie bei weiter steigenden Mieten in fünf Jahren ihr Leben finanzieren sollen, haben mit ihrer Ausbildung ein wertvolles Werkzeug an der Hand. Sie sind schließlich diejenigen, die alternativen Wohnraum schaffen können, die die Umnutzung von Leerstand planen können – auch wenn man dazu vielleicht selbstständig Projekte lancieren muss, um Räume umzubauen und sie bewohnbar zu machen.

JW Auch für den Eigenbedarf?

GH Ja, warum nicht. Wir werden auf ganz unterschiedlichen Ebenen tätig sein müssen, um einen Paradigmenwechsel anzustoßen. Darum will ich, dass meine Studierenden nicht nur wissen, wie sie bezahlbaren und ökologischen Wohnraum gestalten können, sondern auch, wie sie die Chance und das Recht auf demokratischen Zugang zu Projektentwicklungen nicht nur für sich selbst, sondern für alle entwickeln können. Wenn wir der Verzweiflung von Studierenden etwas entgegensetzen wollen, dann müssen wir ihnen ihre Handlungsmacht aufzeigen. Dafür müssen wir das Verhältnis von gebautem Raum zu seinen ökonomischen, ökologischen und sozialen Grundbedingungen vermitteln, damit sie diesen Komplex später auch anderen vermitteln können. Und wir müssen ihnen deutlich machen, dass sie im Studium lernen, genau das zu zeichnen, wofür sie politisch einstehen. Wir können all unsere Rendering- und Photoshop-Skills für das eine Ziel oder aber für ein ganz anderes einsetzen: Das ist eine Positionierung. Ich kann eine Zeichnung machen, die das gesellschaftliche Potential eines Gebäudes zeigt, das zum Abriss frei-

gegeben ist. Aber wenn ich diesen Plan nicht zeichnen kann, wenn ich meine Idee nicht vermitteln kann, dann gibt es auch keine Diskussionsgrundlage – und dann wird das Haus abgerissen.

SK Du versuchst also, deinen Studierenden Werkzeuge zu geben, um ihre eigenen politischen Vorstellungen ins Gebaute umzusetzen?

GH Ich finde die Welt arm an umgesetzten Ideen und alternativen Szenarien. Dafür müssen wir uns gemeinsam politisch einsetzen, darum wird heute auch kein junger Mensch mehr herumkommen. Wir müssen vielleicht nicht alle in die Politik gehen. Aber wir müssen als Architekt*innen konsequenter und radikaler werden. Was wir vermitteln möchten, müssen wir darstellen können – sowohl bildlich als auch wirtschaftlich. So können wir glaubhafte Alternativen zu den Strukturen des derzeitigen Immobilienmarkts aufzeigen. Als Entwurfslehrstuhl ist es eine unserer Aufgaben, die ökonomischen Modelle für diese Alternativen zu entwickeln. Aber wir zeigen auch auf, wie wir von der schon vorhandenen Kreativität potentieller Auftraggeber*innen profitieren und mit ihnen gemeinsam an einer gerechteren Stadt arbeiten können. Architekt*innen, die sagen, sie seien „nicht politisch“, beziehen in meinen Augen sehr wohl eine politische Position, allerdings eine fatale, weil sie so möglichen Veränderungen entgegenwirken und dazu beitragen, den Status quo der Verhältnisse aufrechtzuerhalten.

SK Ich würde behaupten, dass diese Position – man sei unpolitisch – von einem Großteil der Architekt*innen geteilt wird.

GH Ich glaube es ihnen aber nicht! Man kann gar nicht vermeiden, politisch zu sein. Wenn wir glauben, uns in überhaupt nichts einmischen zu können, dann sind wir klassische Mitläufer*innen. Dass viele mit dieser Haltung nicht zurechtkommen, zeigt sich aber an der Repolitisierung in der jüngeren Generation. Würde ich heutzutage studieren, würde ich angesichts der Masse an Krisen auch das Curriculum grundsätzlich in Frage stellen. Wir als Lehrpersonal stehen also vor der didaktischen Herausforderung, Studierenden beizubringen, wie sie Räume verstehen, entwerfen und bauen können, obwohl gar nicht garantiert ist, dass sie später tatsächlich ökologisch, sozial und wirtschaftlich besser arbeiten können. Unsere Aufgabe ist es, ihnen das Vertrauen zu geben, dass der Architekturberuf weiterhin sinnvoll sein kann. Dabei möchte ich mich aber auch noch einmal gegen die Romantisierung des Büroalltags aussprechen. Auch wir verbringen viel Zeit vor Excel-Tabellen. Aber das ist die Basisarbeit, um dann in einem gelungenen Projekt miterleben zu dürfen, wie sich zum Beispiel die Bewohner*innen des *Intersektionalen Stadthauses* organisieren, damit eine Reihe marginalisierter Menschen den Wohnraum finden, den sie benötigen, und jede*r nur so viel zahlt, wie er oder sie beisteuern kann. Dafür lohnt sich die Mühe.